



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonnabend, den 3. Oktober 1885.

Nr. 460.

Deutschland.

Berlin, 2. Oktober. Unsere Anregung zur Bildung eines Fonds zum Besten der Hinterbliebenen der auf der „Augusta“ verunglückten Mannschaften ist auf gutes Erdbreich gefallen. Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Unter Theilnahme des Oberbürgermeisters von Berlin und einer Reihe von Reichstagsabgeordneten, Fabrikanten, Kaufleuten und Bankiers ist ein Komitee in der Bildung begriffen, welches die Ansammlung eines Fonds bezweckt, der zur Unterstützung der Hinterbliebenen der „Augusta“ bestimmt ist. Es ist vorgeschlagen, diesen Fonds zugleich dahin zu verallgemeinern, daß er auch in solchen Fällen ausshelfend eintreten kann, wo Einzel-Ünglücksfälle stattfinden. Bei dem angestregten Dienst, welchen unsere Marine augenblicklich im Ausland zu versehen hat, werden diese Fälle sich mehr und mehr häufen, und es erscheint billig, daß diejenigen Bevölkerungsklassen, welchen diese Thätigkeit der Marine besonders zu Statten kommt, auch ihrerseits da stehend eintreten, wo der Staat genügende Hülfen zu leisten verhindert ist. Vorläufig werden die Beiträge von der Deutschen Bank in Berlin entgegengenommen.“

— Die „Kr.-Ztg.“ tritt der neulichen Meldung der „Köln. Ztg.“ entgegen, nach der man im Unterrichtsministerium mit der Ausarbeitung eines Gesetzes über die Anfangs- und Schlussprüfungen der Schulpflicht beschäftigt sei, da ein solches Gesetz längst schon Bedürfnis sei. Die „Köln. Ztg.“, so sagt die „Kr.-Ztg.“, dürfte falsch berichtet sein, denn dem Vernehmen nach ist die Ausarbeitung einer derartigen Vorlage überhaupt nicht in Aussicht genommen. Einmal hat sich ein Bedürfnis danach nicht gezeigt; dann aber ist es nach allen bisherigen Erfahrungen überhaupt nicht ausführbar, einen solchen Theil des Unterrichtswesens zu erledigen, ohne eine große Anzahl anderer damit zusammenhängender Fragen zu berühren, die dann zu gleicher Zeit eine ähnliche Revision erfordern würden. Damit wird auch die weitere Behauptung hinfällig, daß in einzelnen Fällen eine Entlassungsprüfung (in Volksschulen) eingeführt werden würde.

— Ein deutsches Auswanderungsgesetz läßt noch immer auf sich warten, obwohl die Regierung oft genug ermahnt worden ist, die in der Reichsverfassung vorgeordnete gesetzliche Regelung dieses Gebietes in Angriff zu nehmen. Mit Rücksicht auf die zögernde Haltung der Reichsregierung hat sich nunmehr Hamburg veranlaßt gesehen, vorläufig selbstständig in der Sache vorzugehen. Der Senat hat der Bürgerschaft den Entwurf eines Gesetzes, betreffend das Auswanderungswesen, und einer Verordnung, betreffend die Beförderung der nach anderen Welttheilen Auswandernden, vorgelegt. In der Begründung bemerkt der Senat, daß ihm schon längst eine Umgestaltung der bestehenden, zum Theil veralteten Bestimmungen enthaltenden zahlreichen Verordnungen wünschenswerth erschienen sei. Dieselbe sei nur deshalb nicht bereits früher in Angriff genommen, weil angenommen wurde, daß die Reichsregierung die Sache in die Hand nehmen würde. Da aber gutem Vernehmen nach die Aussicht auf das Zustandekommen eines Reichsgesetzes nur gering sein dürfte, so habe der Senat es nicht für räthlich erachtet können, die Zusammenfassung und Revision der das Auswanderungswesen betreffenden Verordnungen seitens Hamburgs länger zu versögern. In der vom Senat gemachten Vorlage finden sich zunächst alle diejenigen bisher in Geltung gewesenen Bestimmungen, welche sich im Laufe der Jahre als praktisch bewährt haben und nach wie vor anwendbar sind, daneben aber enthält dieselbe eine nicht unbeträchtliche Anzahl neuer Vorschriften, welche mit Rücksicht auf den jetzt wesentlich durch Dampfschiffe vermittelten Auswandererverkehr und die gesteigerten Anforderungen der Gesundheitspflege auf Seeschiffen geboten erschienen. Der Senat hat wesentlichen Bedacht darauf genommen, daß dem Anspruche auf ausgiebige humane Fürsorge für die Auswanderer auf der einen Seite und dem Interesse der hamburgischen Schifffahrt auf der anderen möglichst gleichmäßige Berücksichtigung zu Theil werde.

— In Frankreich dreht sich jetzt das öffentliche Interesse fast ausschließlich um die bevorstehenden Deputirtenwahlen. Es will demnach etwas heißen, wenn in Paris gleichwohl eine Rede

Auffehen erregen konnte, welche der Deputirte Gervain vor einigen Tagen in einer Versammlung in Chatillon hielt. Gervain gab nämlich über die Angelegenheit des Obersten Herbingen folgende Erklärung ab:

„Jetzt, wo das Kriegsgericht sein Urtheil gesprochen hat, kann auch ich reden. Ich war Mitglied des Ausschusses für den 200 Millionen-Kredit für Tonkin und hatte Gelegenheit, die Depesche des Generals de Nogrier selbst zu lesen; sie lautet: „Ich bin umringt und niedergeworfen; machen Sie sich auf die ernstesten Ereignisse gefaßt. Es fehlt uns Alles. Berproviantiren Sie Langson, koste es, was es wolle!“ Es ist eine Schande für das Land, aber es muß gesagt werden: der Oberst Herbingen wurde aus politischen Gründen verantwortlich gemacht. Möge alle Welt es wissen: unsere Soldaten und Seelente waren Helden, und wenn sie nicht immer siegreich waren, so ist das unser Fehler, denn die Regierung gab ihnen nicht die notwendigen Mittel und Hülfenquellen. Es ist nicht etwa meine Meinung, die ich hier wiedergebe, sondern die eines Militärs, des gegenwärtigen Kriegeministers, der zu mehr als 200 Deputirten sagte: „Die Expedition von Langson ist ein Verbrechen, eine Tollheit, und ich gebe lieber meine Entlassung, als daß ich dieselbe befürworte. Wir haben eine treffliche Grenze, das Delta, und müssen uns mit derselben zufrieden geben.“

Gervain (Direktor des Credit Lyonnais, Mitglied des linken Zentrums) fügte hinzu, daß es nur dem Oberst Herbingen zu verdanken sei, daß die nach Langson gesandte Kolonne gerettet worden sei, ohne ihn wäre sie verloren gewesen.

— Eine Reuter'sche Depesche aus Madeira, 2. d., enthält folgende unglaublich klingende Meldung: „Zufolge Nachrichten, die durch den afrikanischen Postdampfer „Elmina“ hier eingegangen sind, war am 8. d. in Whydah ein Gerücht im Umlauf, daß die portugiesische Regierung von dem König von Dahomey 1200 Sklaven gekauft habe, die nach der Insel San Thomas gefahrt werden sollten, um in den dortigen Kaffee-Plantagen zu arbeiten. Ein portugiesisches Kanonenboot war dort gewesen, um die nöthigen Anordnungen zu treffen. In der Nacht fuhr die „Elmina“, welche vor Whydah geankert hatte, bei einem Dampfer vorüber, der für das Kanonenboot gehalten wurde, da er die ihm gemachten Signale nicht beantwortete.“

Ausland.

Paris, 1. Oktober. Effad Pascha, der türkische Botschafter hierseits, hat gestern Nachmittag telegraphisch die Nachricht erhalten, daß der Sultan ihn auf dem hiesigen Posten belasse. Der Botschafter hatte sich dies aus Gründen persönlicher Natur erbitten.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 3. Oktober. Stadtvorbeneten-Sitzung vom 1. Oktober. Ueber die Wahl des Herrn Döring zum Stadtrath, sowie über die Mittheilung des Magistrats in der Baum-Angelegenheit haben wir bereits berichtet. Zum Vorsitzender und Waisentrath für den 24. Bezirk wird Herr Kaufmann Emil Rauer, zum Mitglieder der 2. Armen-Kommission Herr Topfmeister Hintz und zum Mitglieder der 8. Schul-Kommission Herr Zimmermeister Schulz gewählt. — In dem Schulhause Elisabethstraße 52, in welchem sich die Mädchen-Mittelschule befindet, sind die Parterre-Zimmer an einen Kindergarten vermiethet; diese Räume werden jetzt zu Schulzwecken — Anlegung eines Zeichenkaales — nöthig und beschließt daher die Versammlung die Kündigung der Räume zum 1. April. — Die Kosten der hier abgehaltenen Jahresversammlung deutscher Ingenieure haben von dem Garantiefonds, zu welchem die Stadt 3000 Mark gezeichnet hat, 36 1/2 Prozent in Anspruch genommen, so daß der Theil der Stadt 1095 Mark beträgt, diese Summe wird bewilligt.

Herr Tieß referirt über die Vorlage betreffend die Durchlaßöffnung der zu erbauenden Brücke über den grünen Graben. Früher war in Aussicht genommen gewesen, die Durchlaßöffnung 12 1/2 Meter weit zu machen, es sei jedoch eine Spezial-Kommission zusammengetreten, bestehend

aus Mitgliedern des Magistrats, Vertretern der Kaufmannschaft und Herrn Hafenmeister Grépin. Diese Sachverständigen-Kommission habe eingehende Untersuchungen angestellt und sei zu dem Schluß gekommen, daß eine Durchlaßöffnung von 10 Metern vollständig genüge. In Folge dessen habe auch die Versammlung in einer früheren Sitzung die Durchlaßöffnung in dieser Weise normirt, trotzdem beantrage der Magistrat heute wieder die Erweiterung des Durchlasses. Der Magistrat weise auf die Verlehrsstörung hin, welche durch den Unfall an der Eisenbahnbrücke entstanden und auf die üble Nachrede der Nachwelt. Die Finanz-Kommission, welche die Ablehnung der Magistratsvorlage beantrage, sei der Ansicht, daß die Versammlung keine üble Nachrede zu fürchten habe. Es liege heute noch kein Grund vor, die Verhältnisse am grünen Graben anders zu beurtheilen als bei der ersten Beratung und man könne daher auch wiederum nur zu dem Schluß kommen, daß eine Durchlaßbreite von 10 Metern genüge. Der grüne Graben sei nicht zum Durchlaß für große Schiffe bestimmt, sondern es war nur Absicht, einen guten Ankerplatz für größere Rähne und Binnenfahrzeuge zu schaffen. Auch bei einer Durchlaßöffnung von 12 1/2 Metern werde die Brücke niemals als Nothbehelf bei einer Verlehrsstörung benutzt werden können, da der grüne Graben weder Tiefe noch Breite genug habe. Referent empfiehlt die Ablehnung der Magistratsvorlage.

Herr Stadtbaurath Krühl giebt zu, daß auch der Magistrat der Ansicht sei, daß der grüne Graben hauptsächlich zum inneren Hafenverkehr bestimmt sei. Der Magistrat habe sich nur veranlaßt gesehen, eine Verbreiterung vorzuschlagen, um der Nachwelt die Möglichkeit zu lassen, den Durchlaß auch für größere Schiffe zu benutzen. Es würden dazu allerdings ganz enorme Ausgaben nöthig werden, das Bollwerk müsse bedeutend abgetragen, die Spitze an der Wallstraße müsse ganz fortfallen und dazu sei der Ankauf zweier Häuser nöthig u. s. w. Redner weist noch auf verschiedene Möglichkeiten hin, welche die Nachwelt zur Verbreiterung des grünen Grabens veranlassen könnten und erwähnt dabei sogar einen Brand, der die ganze Laßadie einäschern könnte.

Herr Gollnow hält die Erweiterung der Durchlaßöffnung auf 12 1/2 Meter für entschieden besser. Wenn sich früher die Sachverständigen-Kommission für eine Durchlaßweite von 10 Metern entschieden habe, so sei es ihm ein Leichtes, seinerseits eine ebenso maßgebende Sachverständigen-Kommission zusammenzubringen, welche sich für eine 12 1/2 Meter weite Durchlaßöffnung aussprechen würde.

Herr Masche, welcher sich gegen die Vorlage ausspricht, hält die Verlängerung des Ober-Dunzig-Kanals bis zur Barnitz für weit wichtiger, als die Erweiterung des Durchlasses an der grünen Grabenbrücke.

Herr Dr. Dohrn ist der Meinung, daß sich die Stadt darauf konzentriren müsse, im unteren Hafengebiet Raum zu schaffen, während Herr Graßmann zwar auch zustimmt, daß die Verlängerung des Dunzig Kanals nach der Barnitz eine Nothwendigkeit sei, daß dies aber mit der vorliegenden Sache nichts zu thun habe. Hier handele es sich nur um die Frage, ob eine Durchlaßweite von 10 oder von 12 1/2 Metern besser sei und Redner ist der Ansicht, daß die weitere Deffnung entschieden besser sei, nicht nur für die Zukunft, sondern auch für die Gegenwart.

Nachdem noch die Herren Baurath Krühl, Gollnow und Petermann für die Magistratsvorlage, die Herren Cohn, Wendlandt und der Referent für den Antrag der Finanzkommission eingetreten, wird letzterer angenommen und wird somit die Durchlaßöffnung, wie Anfangs normirt, in einer Breite von 10 Metern hergestellt.

Zur Instandsetzung der Kellerräume im alten Rathhause werden 1500 M. und an Stellvertreterkosten für einen Lehrer 200 M. bewilligt. — Die St. Gertrud-Gemeinde erhält als Zuschuß seitens der Stadt für die Diakonatskellerei 750 M.; da in nächster Zeit die Stelle neu besetzt werden soll, haben sich die Gemeinde-Vertreter aufs neue an den Magistrat gewendet und

auch für den neu zu wählenden Diakonus um den bisher gewährten Zuschuß gebeten, gleichzeitig um die Gewährung eines Zuschusses von 750 M. für die Verwaltung der Diakonatskellerei. Der Magistrat fragte zunächst nochmals bei dem Gemeindevorstand an, ob sich die 750 M. nicht durch Erhöhung der Kirchensteuer von der Gemeinde aufbringen ließen. Der Gemeindevorstand verneinte dies jedoch, da die jetzt eingeführte Kirchensteuer von 3 pCt. noch um 4 pCt. erhöht werden müsse und dies die arme Gemeinde nicht tragen könnte. In Folge dieses Beschlusses beschloß der Magistrat, auch fernerhin den Zuschuß zu bewilligen und auf Antrag eines Mitgliedes wurde der Zuschuß sogar auf 1000 M. pro Jahr erhöht. Die Finanz-Kommission lehnte die Erhöhung ab, beantragte jedoch, den bisher gezahlten Zuschuß in Höhe von 750 M. auch fernerhin zu bewilligen. Diesen Antrag empfiehlt der Referent, Herr Werner, auch zur Annahme.

Herr Tieß vertritt die Ansicht, daß die Stadt keine Pflicht habe, Prediger zu erhalten, daß auch die Laßadie-Gemeinde nicht so arm sei, um nicht die 750 Mark jährlich aufzubringen.

Herr Oberbürgermeister Haken entgegnet, daß die Stadt Patron der Gemeinde sei und als solcher auch Verpflichtungen habe; allerdings liege ihm die Pflicht der Erhaltung des Predigers nicht ob, aber es liege auch keine Veranlassung vor, den bisher gewährten Zuschuß zurückzugeben.

Herr Siebert ist der Ansicht, daß der Zuschuß sehr wohl von der Gemeinde aufgebracht werden könne. Die Kirchensteuer sei in der evangelischen Kirche so gering, daß sie selbst verdoppelt werden könne. Auch würden durch die Kirchensteuer die armen Bewohner der Laßadie nicht betroffen, denn diese würden zur Zahlung dieser Steuer gar nicht herangezogen.

Herr Dr. Amelung empfiehlt Ablehnung der Magistrats-Vorlage, da keine Verpflichtung zur Zahlung des Zuschusses vorliegt.

Herr Grefrath, welcher in der Finanz-Kommission die Vorlage unterstützt hat, erklärt, jetzt dagegen stimmen zu wollen, nachdem er gehört habe, daß von Bewohnern der Laßadie selbst die Vermögens-Verhältnisse der Gemeinde als der Gemeinde gütig geschilbert sind.

Herr Aron entgegnet, daß diejenigen schlecht unterrichtet sein müssen, welche die Verhältnisse so gut schildern.

Herr Graßmann empfiehlt gleichfalls die Gewährung des Zuschusses; für die Laßadie werde im Ganzen weniger gethan als für andere Stadtheile, man dürfe derselben nicht auch das entziehen, was bisher gewährt wurde.

Herr Ditzmer macht noch darauf aufmerksam, daß doch bald eine Erhöhung der Kirchensteuer eintreten müsse, da sich die Kirche in sehr schlechtem Zustande befände und in nächster Zeit eine Reparatur dringend nöthig sei.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Finanzkommission angenommen.

Die Johanneskirche befindet sich noch in gutem Zustande, dagegen ist der dort befindliche Hof zur freien Bewegung der Kinder nicht ausreichend, dazu kommt, daß eine Ketzende sehr primitiver Natur sich in nächster Nähe des Schulgebäudes befindet und dieser Umstand nicht geeignet ist, die Luft zu verbessern. Die Schul-Deputation ist bemüht gewesen, diesem Uebelstand abzuhelfen und ist mit dem Besitzer des angrenzenden Grundstückes, Belzerstraße 7, Herrn Malbranc, wegen Ankaufes dieses Grundstückes in Verbindung getreten. Herr M. verlangte anfangs 47,000 Mark, ermäßigte jedoch nach längerer Verhandlung seine Forderung auf 45,000 Mark und dieser Preis schien dem Magistrat ein angemessener. Der Magistrat schlägt vor, das Grundstück anzukaufen und von dem 466 Quadratmeter großen Terrain 304 Quadratmeter zur Erweiterung des Hofes der Johanneskirche zu verwenden, das Vorderhaus abzureißen und an der Vorderfront der Belzerstraße eine Turnhalle zu errichten. Die Gesamtkosten — Kaufpreis, Bankkosten und Reparatur des Hofes — würden sich auf ca. 60,000 Mark belaufen. Die Finanz-Kommission beantragt Annahme der Vorlage und die Bewilligung der Kaufsumme aus den Ueberschüssen der Sparkasse.

Eine lebhafteste Debatte rief wiederum die „Knabenhort und Kindergarten“ betreffende Vor-

lage hervor. In der letzten Sitzung lag bekanntlich bereits eine Vorlage vor, dem Verein „Knabenhort und Kindergarten“ eine an der Jagenteufel- und Hospitalstraßen-Ecke belegene Ackerparzelle für 50 Jahre unentgeltlich zu verpachten. Diese Vorlage wurde damals abgelehnt. Der genannte Verein wandte sich sodann nochmals an den Magistrat und erklärte, einen Theil der Parzelle kaufen zu wollen und zwar zu demselben Kaufpreis, welcher von Privaten in jener Gegend gezahlt sei, also 1,50 bis 2 Mark pro Quadratmeter. Der Magistrat zeigte sich dieser Offerte geneigt und schlägt nun vor, von der 3051 Quadratmeter großen Parzelle an den Verein eine Fläche von 1000 Quadratmeter für 1500 Mark, einschließlich der Pflasterkosten, zu verkaufen und die Restfläche von 2051 Quadratmetern auf 11 Jahre für eine jährliche Pacht von 22 Mark 54 Pf., vom 1. Oktober d. Js. ab, zu verpachten.

Im Namen der Finanz-Kommission referirt Herr Werner über die Vorlage. Derselbe erwähnt, daß in jener Gegend Parzellen theils für 1,50 Mark, theils für 2—3 Mark pro Quadratmeter verkauft seien. Würde das Grundstück dem Verein verkauft, so würden von dem Kaufpreis noch die von der Bau-Deputation auf 1062,50 Mark veranschlagten Pflasterkosten abgehen, und als wirklicher Kaufpreis nur 427,50 Mark verbleiben. Die Finanz-Kommission habe einstimmig die Ablehnung der Vorlage beschlossen. Die Motivirung dieses Beschlusses sei verschieden gewesen. Von einer Seite sei direkt ausgesprochen, eine Unterstützung des Vereins sei nicht am Platze, von anderer Seite wurde geltend gemacht, man dürfe in jener Gegend kein städtisches Terrain verkaufen, sondern dasselbe möglichst für Zwecke der Stadt reserviren. Einstimmig ist die Kommission darüber gewesen, daß unter den vorgeschlagenen Bedingungen einem Verkaufe nicht zugestimmt werden könne, da die Summe, welche nach Abzug der Pflasterkosten als wirklicher Kaufpreis übrig bliebe, zu gering sei. Der Verein „Knabenhort“ habe 1500—2000 Mk. geboten, der Magistrat nur den kleineren Preis verlangt und dazu noch die Pflasterungskosten übernommen. Die Finanz-Kommission halte das gemachte Gebot für kein angemessenes und beantragt deshalb die Vorlage abzulehnen.

Herr Schulrath Kroßa entgegnet, daß der Verein keine Unterstützung im vorliegenden Falle verlange, sondern es liege ein einfaches Kaufgeschäft vor, bei welchem dieselben Bedingungen zu Grunde gelegt seien, wie bei den Kaufgeschäften mit andern Bürgern in jener Gegend. Der Magistrat hätte keine Zustimmung zu dem Verkauf gegeben, wenn in absehbarer Zeit die Stadt Verwendung für die Parzelle hätte, auch sei der gebotene Preis ein recht anständiger. Von den Herren der Finanz-Kommission seien sachliche Gründe gegen die Vorlage nicht vorgebracht und man könnte fast sagen: „notre plaisir.“

Der Vorsitzende hält letzteren Ausdruck für derart, daß er einen Ordnungsruf ertheilt hätte, wenn derselbe von einem Stadtverordneten gebraucht wäre.

Herr Grafsmann findet die Rechnung der Finanz-Kommission kurios; wenn dieselbe den Werth des in Frage stehenden Grundstückes nach der Taxe der Baudeputation auf 15,200 Mk. annehme, so sei es doch unverantwortlich, wenn ein so werthvolles Grundstück seit Jahren für 33 Mk. verpachtet würde. Wenn stets geäußert würde, das Institut des „Knabenhort“ sei neu, man müsse erst Erfolge sehen, so sei dies unrichtig, gleiche Institute beständen bereits in vielen andern Städten und täglich gingen Berichte ein, welche bewiesen, daß solche Institute segensreich wirken. Für Kinderärzten würden Seitens der Stadt große Summen bewilligt, obwohl die Kindergärten bei dem schauerhaften Zustand, in welchem sie sich in Stettin befänden, kaum als Wohlthat zu betrachten seien. Hier wolle man neben einem Knabenhort auch einen gesunden Kindergarten begründen und nun sei es wieder die Finanz-Kommission, welche jede Unterstützung ablehne. Derselbe bewiese auf's Neue, daß sie nur bei hohen Kostenanschlägen der Bau-Deputation zu allen Bewilligungen bereit sei, daß sie aber jeden Großen verweigere, wenn es sich um ein wohlthätiges Institut handle. Redner betont, daß das Unternehmen des „Knabenhort“ durchgeführt werden würde, wie auch die Abstimmung der Versammlung ausfallen würde. Ob es aber zur Erbre der Versammlung gereiche, wenn die Versammlung die Vorlage ablehne, dies sei eine andere Frage.

Herr Schulrath Dr. Kroßa erklärt in Bezug auf die Zwischenbemerkung des Vorsitzenden, daß ihm die Absicht einer Beilegung fern gelegen habe, er habe nur ausdrücken wollen, daß die Finanz-Kommission statt objektiver nur subjektiver Gründe für ihren Antrag vorgebracht habe.

Herr Oberbürgermeister Haken tritt warm für die Vorlage ein und weist nach, daß finanziell kein Grund zur Ablehnung vorhanden sei. Der wahre Grund der Vorlage sei die geringe Kenntnis von dem Wesen des Knabenhort, man betrachte denselben als Sozialismus, aber dann wären auch die Kindergärten als Sozialismus zu betrachten. Sollte sich der Knabenhort nicht bewähren, so sei doch eine Gelegenheit zur vernünftigen Anlage eines Kindergartens gegeben.

Herr Wendland wünscht, daß sich auch hier, wie in süddeutschen Städten, die Knabenhorte aus kleinen Anfängen entwickeln und Erfolge aufweisen. Das Experiment solle auch gemacht werden, da bereits ein kleines Haus auf der Galt-

wiese gemiethet sei; man möge nun erst die Erfolge abwarten, ehe man größere Unterstützung bewillige.

Herr Grafsmann bedauert, daß sich die Mitglieder der Finanz-Kommission nicht genauer über das Wesen der Knabenhorte orientirt hätten. Gründe für ihren ablehnenden Antrag seien von der Finanz-Kommission nicht angeführt worden.

Herr Dr. Amelung empfiehlt dem Verein „Knabenhort“, sich an die Privathülfe zu wenden.

Nachdem noch die Herren Oberbürgermeister Haken, Dr. Kroßa und Dr. Wolff das Wort ergriffen, beantragt Herr Rückfort, bei etwaiger Ablehnung der Vorlage den Magistrat zu ermächtigen, das Grundstück dem Verein „Knabenhort“ für 2000 Mark zu verkaufen.

Bei der Abstimmung wird sowohl die Magistratsvorlage wie der Antrag des Herrn Rückfort abgelehnt.

Stettin, 2. Oktober. Im Interesse derjenigen jungen Leute, welche als dreijährige Freiwillige ihrer Militärpflicht Genüge leisten wollen, machen wir darauf aufmerksam, daß in den Monaten November und Dezember durch Abgang von als dienstuntauglich u. z. zu entlassenden Rekruten bei den Truppendeilen wieder Vakanzstellen eintreten werden. Die Betreffenden müssen das 17. Lebensjahr vollendet haben, die Annahme durch den selbst zu wählenden Truppentheil muß jedoch spätestens bis zum 1. April des ersten Militärpflicht- (20. Lebens-) Jahres erfolgt sein, da der Militärpflichtige andernfalls sich der Aushebung zu unterwerfen hat. Die zum Eintritt bereiten jungen Leute haben unter Vorlegung eines Geburtscheines, der schriftlichen Einwilligung des Vaters oder Vormunders, sowie einer obrigkeitlichen Bescheinigung, daß sie durch Zivil-Verhältnisse (Lehrverträge u. dgl.) nicht gebunden sind und sich untadelhaft geführt haben, bei dem Zivilvorstandenden der Ersatzkommission einen Meibeschlein zu beantragen, welchen sie persönlich bei demjenigen Truppentheile abzugeben haben, bei dem sie einzutreten beabsichtigen. Bei der Kavallerie werden unter denselben Bedingungen Freiwillige, jedoch nur zu vierjährigem aktiven Dienste, angenommen. Dieselben haben aber die Vortheile in Aussicht, daß sie vom vierten Dienstjahre ab die Kapitulantenz abtragen, die Kapitulantenzbezüge beziehen, sowie zu einerlei Übung im Reserve- und Landwehrverhältnis verpflichtet sind, auch nach einer zehnjährigen Versammlungszeit bereits zum Landsturm übertreten.

Heute findet das Benefiz für den so sehr beliebten Herrn Franz Reng im Zirkus statt. Bei der Reichhaltigkeit und zum Theil mit neuen Nummern ausgestatteten Programm dürfte diese Vorstellung eine der glänzendsten der Saison werden.

Gestern tagte in der Aula des Marien-Stifts das städtische Verwaltungsverfahren der Lehrer an den höheren Schulen Pommerns, nachdem am Abend zuvor im Konzert- und Vereinshaus eine gegenseitige Begrüßung der zur Versammlung Ercheinenden stattgefunden hatte. In der vor Eröffnung der Hauptversammlung um 9 Uhr abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung der Waisenkasse wurde die Tagesordnung (Verwaltungsbericht, Bericht der Rechnungsrevisoren, Anlage des Kassenvormögens, Abänderung des § 12 der Statuten, Wahl des Vorstandes und der Rechnungsrevisoren) unter lebhafter Debatte erledigt. Der Vorstand blieb derselbe, neu gewählt als Rechnungsrevisor wurde Herr Dr. Kroleber-Stargard. In der eigentlichen Lehrerversammlung erfolgte sodann zunächst die Wahl eines Vortragsredners in der Person des Herrn Dr. Lieber-Stettin. Der Jahres- und Kassensbericht des Lehrervereins wurde erstattet von den Herren Dr. Edert-Stettin bzw. Dr. Schmolling-Stettin. Besonders interessirte der Bericht über die letzte Delegirtenkonferenz in Breslau, über die eine Denkschrift erschienen ist. Die Kassenvorgänge erwiesen sich als recht befriedigend. Bei der Besprechung der Vorlagen für die diesjährige am 5. Oktober in Berlin anberaumte Delegirten-Konferenz führten besonders der Stand der Rang- und Gehaltsfragen, die Stellung der Lehrer an nichtstaatlichen Anstalten, wie an Progymnasien und die Einrichtung der Hülfslehrerstellen zu längeren Debatten.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Marta Stuart.“ Trauerspiel in 5 Akten.

Bermischte Nachrichten.

Berlin. Die im Hause Bergstraße 40a wohnhafte ehedemmalige Näherin Michaels hatte mit der unverheirateten Marie Kliest, einer Person, die früher unter sittenpolizeilicher Kontrolle gestanden, seit einiger Zeit ein Freundschaftsverhältnis unterhalten und war am 30. v. M. von letzterer besucht worden. Beide begaben sich in ein in der Elsfasserstraße belegenes Lokal, dann in ein Café und schließlich nach 2 Uhr Nachts in die Wohnung der Michaels, woselbst sich letztere, die sehr erregt war, halbangekleidet auf das Bett legte, während die Kliest am Tische sitzend in einem Roman las und die Erlaubnis erhielt, noch ein wenig verweilen zu dürfen. Die Michaels schlies ein, erwachte aber bald wieder durch ein Gefühl des Alpens am Kehlkopf und sah ihre Freundin, die vorher auf dem Sopha gesessen, jetzt auf ihrem Bette liegen. Auf die Frage: „Marie, du willst mich wohl erwürgen?“ erhielt sie zur Antwort: „Ich träumte soeben, daß ich einen alten Mann erwürgte.“ Die Michaels schloß hierauf wieder ein. Als sie

nach kurzer Zeit aufwachte, sah sie ihr Bett in Flammen stehen und nahm gleichzeitig eine um ihren Hals liegende zum Zuschauern hergerichtete Schlinge wahr. Die Freundin war verschwunden, die Thür von Außen verschlossen und das Fenster, welches vorher offen gestanden hatte, gleichfalls geschlossen. Es gelang der Michaels, den Brand zu löschen und durch das Fenster Beistand herbeizurufen. Eine Besichtigung des Zimmers ergab, daß die auf den Tisch niedergelegten Werthsachen, worunter eine Uhr und ein Merallion, fehlten. Die Kliest, bei welcher die geraubten Werthsachen sich vorfinden, wurde am anderen Morgen festgenommen und wegen versuchten Mordes und Raubes verhaftet. Bei ihrer Vernehmung gab sie zu, die Werthsachen entwendet zu haben, leugnet auch nicht, daß ihr in der Wohnung der Michaels der Gedanke gekommen sei, dieselbe zu ermorden, nachdem sie zwei Geldstücke in dem Portemonnaie der Letzteren gesehen hatte. Dagegen bestreitet sie der Michaels die Schlinge um den Hals gelegt und das Bett derselben in Brand gesetzt zu haben. Ihre Thäterschaft ist aber um so weniger zweifelhaft, als die Bettstühle nach Petroleum rochen und das vorher mit Petroleum gefüllte gewesene Bassin der Lampe nach Verübung der That leer gefunden wurde.

(Mißlungene Probe.) Ein Herr Buzer in Halle hat, wie „Der Fuhrhalter“ berichtet, eine Erfindung gemacht, die er Dinger-Aussgang-Apparat nennt. Derselbe hat den Zweck, den Unrath unmittelbar am Pferde aufzufangen, so daß er die Straße gar nicht mehr berührt. Herr Buzer hatte nun für letzten Sonntag in Dresden eine ansehnliche Versammlung von Beamten eingeladen, um im Hofe des städtischen Markstalls seinen Apparat praktisch vorzuführen. Die Probe begann. Jeder der dem städtischen Haser verzeigenden Bierfahrer hatte unter seinem Schwänze das geheimnißvolle Etwas aufgeschnallt, das künftig die Straßen reinzuhalten bestimmt ist. Es verging Viertelstunde auf Viertelstunde. Man konnte den Thieren nicht gut begreiflich machen, welcherlei Leistungen man von ihnen für das gute Futter erwartete; sie benahmen sich absolut taktvoll. Man setzte sie darauf in schnellere Bewegung. Umsonst: binnen einer ganzen Stunde verweigerten die Thiere hartnäckig ihre Mitwirkung. Der Kommission kam es nun zuletzt selbst als zu starke Zumuthung vor, auf die Improvisationen der Pferde zu warten. Eine Kommission, die eine Stunde vergebens auf den Stoffwechsel der Pferde wartet, das ist wohl noch nicht dagewesen. Uebrigens soll der Versuch bei den Marstallpferden fortgesetzt werden.

Ein Niesenunternehmen wird gegenwärtig wieder in Newyork geplant. Bereits vor 7 oder 8 Jahren beabsichtigte der Ingenieur Lockwood im Herzen der Stadt ein großes mit Seewasser gefülltes Reservoir anzulegen, mit dessen Inhalt Feuersbrünste gelöscht, die Straßen gereinigt und die Kanäle ausgespült werden sollten. Der Plan wurde damals sehr kühl aufgenommen und deshalb aufgegeben, wird jetzt aber von der Metropolitan Water Company wieder aufgenommen und wahrscheinlich demnächst zur Ausführung gebracht werden. Das Arbeitsfeld der neuen Gesellschaft schließt die ganze Insel Newyork von der Battery bis zur 59. Straße, also den am dichtesten bevölkerten Theil der Stadt ein. Man will eine Anlage herstellen, welche zu jeder Zeit und an jedem Orte dieses großen Distriktes eine unerschöpfliche Wassermenge zur Verfügung stellt, so daß Feuersbrünste, wie sie in Chicago, Boston und selbst in Newyork vorgekommen sind, in Zukunft zur Unmöglichkeit werden. Herr Lockwood will nämlich auf dem Union Square, etwa halbwegs zwischen der Battery und der 59. Straße, aus Stein einen massiven Thurm von 100 Fuß Durchmesser und 350 Fuß Höhe über Hochwasser, sowie einen zweiten Thurm von gleicher Höhe und 80 Fuß Durchmesser bauen, welcher 12 Millionen Gallonen Wasser aufnehmen vermag und vermittelt eines dreifachen Pumpsystems von 1750 Pferdekraften beständig mit Seewasser aus dem Hudson oder dem East River oder beiden gefüllt gehalten werden soll. Von diesem ungeheuren Reservoir zweigen sich nach allen Richtungen hin Röhren von 8 bis 20 Zoll Durchmesser ab, welche durch Querröhren von 10 bis 36 Zoll, je 1/2 Meile von einander entfernt, zusammen in Verbindung stehen. Die Hydranten sollen für den sofortigen Gebrauch bereit sein und so aufgestellt werden, daß kein Feuer in größerer Entfernung als 490 Fuß von einem Hydranten entstehen kann. Mit Schläuchen von 100—500 Fuß Länge würde man 28 Hydranten für jede Brandstelle benutzen und, da jeder derselben vier Dessenungen hat, 112 Wasserströme auf dieselbe spielen lassen können. Bei Schläuchen von 1000 Fuß Länge könnte man 68 Hydranten oder 272 Wasserströme benutzen. Die Wasserfäule, welche den Druck hervorbringt, würde eine Höhe von 300—350 Fuß, abzüglich der Höhe der betreffenden Vertikale, haben. Eine so große Wassermenge wird selbstverständlich nur bei ausgedehnten Feuersbrünsten gebraucht werden, zu anderen Zeiten will man dieselbe benutzen, um die Straßen zu waschen und insbesondere die Kanäle auszuspielen, da Seewasser als ein vorzügliches Desinfektionsmittel gilt. Die sanitären Vortheile des Unternehmens liegen auf der Hand, andererseits stellen sich demselben aber auch einige praktische Hindernisse entgegen, die man jedoch zu beseitigen hofft. In den unteren Theilen von Newyork, wo das Wasser unter dem vollen Druck stehen würde, würde die Gewalt des mehrere Zoll starken

Wasserstrahles beispielsweise eine unübersteigliche sein. Bei einer Wassersäule von 300 Fuß Höhe würde der Druck unter Berücksichtigung der Reibung in dem Röhrennetz in vielen Hydranten 10 Atmosphären oder 150 Pfund auf den Quadratzoll gleichkommen, so daß die Einrichtungen aus dem allerbesten Material hergestellt sein müßten, um Unfälle und Störungen zu verhüten. Die Gesellschaft will die erforderlichen Einrichtungen auf eigene Kosten herstellen lassen, wenn die Stadt für eine gewisse Reihe von Jahren, vom Datum der Fertigstellung an, für jeden Hydranten eine gewisse Pacht bezahlen will. Die bezüglichen Verhandlungen schweben noch.

Verantwortlicher Redakteur: B. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 2. Oktober. (B. L.) Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts wies den vom Mörder Kiske gestellten Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens zurück. Kiske machte bei den Vernehmungen im Gefängnisse Weltschmerz ganz abweichende Andeutungen bezüglich der Personen der eigentlichen Thäter. Ein von ihm mit Namen genannter Genosse habe unter Mithilfe eines anderen die That verübt und er hätte nur an den Vorbereitungen dazu mitgeholfen. Der Thäter sei durch das Loos bestimmt und befinde sich jetzt in Amerika. Den Dolch, mit welchem Kumpff ermordet worden, hat Kiske angeblich außerhalb der Stadt in freiem Felde vergraben. Am Tage nach der That sei er mit den beiden Genossen in Darmstadt zusammengekommen. Die in Folge dieser Aussagen angestellten umfassenden Nachforschungen blieben bis jetzt resultatlos.

Wien, 2. Oktober. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein Handschreiben des Kaisers, wonach die Delegationen auf den 22. d. M. nach Wien einberufen werden.

Wien, 2. Oktob. r. Abgeordnetenhaus. In der heutigen Sitzung legte die Regierung Entwurfe betreffs Uebernahme des Betriebes und eventueller Einlösung der Dur-Bodenbacher Bahn, sowie betreffs Vermehrung des Fahrparks auf den Staatsbahnen und Investitionen für das garantierte Netz der Nordwestbahn vor. Zum Präsidenten des Hauses wurde sodann Smolka mit 292 von 325 Stimmen gewählt.

Bern, 2. Oktober. Der Kongress hat seinen Beitritt zum Weltpostverein von Neujahr ab erklärt.

Kopenhagen, 2. Oktober. Das Barkschiff „Britisch Merchant“, Kapitän Banjelow, aus Danzig strandete gestern bei Harboøre. Ein Schiffsboot mit 13 Personen schlug um, wobei 7 Personen ertranken, während 6 durch ein Rettungsboot gerettet wurden.

Brüssel, 2. Oktob. r. (B. L.) Der König kehrte gestern Nachts von Baden-Baden hierher zurück.

Petersburg, 2. Oktober. Die hiesige serbische Gesandtschaft läßt eine Mittheilung verbreiten, in welcher das Publikum aufgefordert wird, die in offener tendenziöser Absicht verbreiteten Nachrichten bezüglich der jüngsten Ereignisse in Serbien nur mit Reserve aufzunehmen. Um welche Ereignisse es sich handelt, wird in der Mittheilung nicht gesagt.

Das Geseßblatt veröffentlicht den mit Spanien abgeschlossenen, am 8. August d. J. ratifizirten Handels- und Schiffsabkommensvertrag, dessen Dauer zunächst auf die Zeit bis zum 30. Juli 1887 festgesetzt ist.

Konstantinopel, 2. Oktob. r. Der rumänische Gesandte gab gestern bei der Pforte die mündliche Erklärung ab, in welcher derselbe eine Abmachung zwischen Rumänien, Griechenland und Serbien in Abrede stellte.

Passagierschiffe aus Eriest, Barna und Burgas unterliegen nunmehr einer achtundvierzigstündigen, die aus Rüssen, von der Donau und aus Odessa einer vierundzwanzigstündigen Quarantäne.

Rom, 1. Oktober. Der Papst empfing heute den preussischen Gesandten v. Schölzer, welcher vorher dem Kardinalstaatssekretär Jacobini einen Besuch abgestattet hatte.

Der deutsche Botschafter v. Reudell ist vom König Humbert, bevor dieser nach Monza zurückkehrte, in längerer Audienz empfangen worden.

Es gilt jetzt für ziemlich gewiß, daß der Botschafter Graf Robilant in Wien das Ministerium des Auswärtigen übernehmen werde.

Madrid, 1. Oktober. Der König ist wieder vollständig hergestellt.

Die amtliche „Gaceta“ wird von morgen ab keine Cholerabulletins mehr veröffentlichen, da die Epidemie in Madrid bereits verschwunden und in den Provinzen in bedeutender Abnahme ist.

Lima, 2. Oktober. Durch Feuersbrunst ist in Iquique fast das ganze Geschäftsviertel der Stadt zerstört worden. Nur das Postamt und die Gebäude am Ufer blieben verschont. Der Schaden wird auf 2 Millionen Dollars geschätzt.

Torneyer Handwerker-Verein.
Heute Sonnabend, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Eggert (Gesellschaftsgarten):
Kränzchen.
Freunde können eingeführt werden.
Der Vorstand.